Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4818
07. 06. 96

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 12. Juni 1996

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter **Reinhold Robbe** (SPD)

Inwieweit wurde bei der Entscheidung über die Reduzierungen bei den Bundeswehrdepots von der Bundesregierung berücksichtigt, daß der Wegfall dieser wertvollen Arbeitsplätze zum Teil außerordentliche Folgen für die betroffenen Regionen mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit nach sich ziehen wird?

2. Abgeordneter **Reinhold Robbe** (SPD)

Wie wird – von der Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung und des Lastenausgleichsprinzips die Tatsache begründet, daß im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Depotwesens das Land Niedersachsen gegenüber den anderen vergleichbaren Flächenländern (Nordrhein-Westfalen, Hessen) benachteiligt wird und, daß beispielsweise bei den Gerätehauptdepots die Bundesländer Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz ohne nennenswerte Kürzungen, das Land Niedersachsen jedoch mit einem hundertprozentigen Dienstpostenabbau hervorgehen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie

3. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen der in der Antwort auf meine Frage 92 in Drucksache 13/4733 gemachten Aussage, daß bei der Entsorgung von Forschungsreaktorbrennelementen die Option der Rücklieferung in die USA die höchste Priorität habe, und der in der Süddeutschen Zeitung vom 5. Juni 1996 zitierten Aussage aus einer Staatssekretärsvorlage, daß durch Wiederaufarbeitung der Brennelemente in Dounreay die knappen Bestände an hochangereichertem Uran (HEU) „gestreckt" werden könnten und daß deshalb „die Rücklieferung von HEU aus Dounreay als vorteilhaft anzusehen" sei?

4. Abgeordnete **Simone Probst** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum hält die Bundesregierung am Einsatz von HEU, sowohl für den Forschungsreaktor FRM II als auch für andere europäische Forschungsreaktoren fest, obwohl in einer von der Süddeutschen Zeitung zitierten Staatssekretärsvorlage (5. Juni 1996) die Deckung des HEU-Bedarfs als „langfristig nicht sichergestellt" bewertet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

5. Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ankündigung des neuen Präsidenten des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, Hans Georg Dusch, im März 1996, „durch drastischen Abbau von noch nicht entschiedenen Asyl-Fällen monatlich Millionenbeträge an Steuergeldern einsparen" zu wollen (Passauer Neue Presse vom 6. März 1996), im Spiegel der neuesten Zahlen?

6. Abgeordneter **Dr. Klaus Rose** (CDU/CSU)

Wie viele der zum 31. Dezember 1995 registrierten 358000 Asylverfahren sind bis zum 1. Juni 1996 tatsächlich „abgebaut" worden, und wie viele kamen neu hinzu?

7. Abgeordneter **Manfred Such** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit trifft nach Kenntnis der Bundesregierung der Bericht des britischen Sunday Telegraph vom 21. April 1996 (zitiert nach: General-Anzeiger vom 22. April 1996) zu, wonach von der iranischen Botschaft in Bonn aus, wo 20 speziell ausgebildete Mitglieder der Revolutionären Garden laufend terroristische Aktivitäten vorbereiten sollen, unter anderem auch das Lockerbie-Attentat im Jahre 1988 gesteuert worden sein soll, das 270 Passagieren eines in Frankfurt am Main gestarteten Flugzeugs das Leben kostete, und inwieweit ist die Bundesregierung bereit, nach dem Beschluß und der Aufforderung des Petitionsausschusses des Europäischen Parlaments vom 29./30. Januar 1996, die Petitionsausschüsse der EU-Mitgliedstaaten sowie die EU-Kommission sollten „insbesondere mit Blick auf die Verantwortung der beteiligten Mitgliedstaaten für die damaligen Sicherheitsmaßnahmen" eine „internationale Untersuchung" einleiten, solche

Untersuchungs- und Petitionsverfahren rückhaltlos mit all ihren Erkenntnissen über die Hintergründe des Anschlags zu unterstützen sowie ggf. auch Entschädigungsleistungen an die Opfer des Anschlags bzw. deren Angehörige wohlwollend zu prüfen?

8. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung zur möglichen Beteiligung eines der Tätigkeit für den iranischen Geheimdienst verdächtigen und bislang in Bonn lebenden Iraners an der Ermordung des iranischen Exministers Masluman vor wenigen Tagen in Paris?

9. Abgeordneter **Otto Schily** (SPD)

Wird die Bundesregierung entsprechend ihrer Ankündigung am 7. Februar 1996 den überfälligen Versorgungsbericht spätestens bis Ende dieses Monats vorlegen?

10. Abgeordneter **Otto Schily** (SPD)

Welche finanz- und haushaltspolitischen Konsequenzen werden sich voraussichtlich aus dem von der Bundesregierung vorzulegenden Versorgungsbericht ergeben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

11. Abgeordneter **Erich G. Fritz** (CDU/CSU)

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, die Pfändungsfreigrenzen so anzuheben, daß der Staat nicht durch Leistungen ergänzender Sozialhilfen indirekt die Rückzahlung von Schulden finanziert?

12. Abgeordneter **Erich G. Fritz** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung gewährleisten, daß alle Sozialleistungsträger (z. B. die Bundesanstalt für Arbeit) die jüngste Rechtsprechung des Bundessozialgerichts anwenden oder anwenden können, wonach bei Lohnabtretungen der Sozialleistungsträger verpflichtet ist, die Bindungsfreigrenze zu überprüfen und ggf. zu erhöhen, wenn der Schuldner das beantragt (Urteil des Bundessozialgerichts, Az.: 13 RJ 43/93 vom 23. Mai 1995)?

13. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesministers des Innern, der in der Deutschen Richterzeitung 1996, S. 212, am Beispiel des 1994 geschaffenen, aber in seinen Auswirkungen noch unbekannten Haftgrundes der Wiederholungsgefahr eine kurzfristige Erfolgsmessung aller Rechtsänderungen („. . . in einigen Jahren jeweils . . .") sowie den „Mut" zur Streichung bzw. Änderung ineffektiver Regelungen forderte, und welche Initiativen zur Intensivierung der bislang nur ausschnittsweise erfolgenden Rechtstatsachenforschung und zur Revision bestimmter – bereits erkanntermaßen inadäquater – Rechtsvorschriften, vor allem im Bereich des Straf- und Strafverfahrensrechts, wird die Bundesregierung ggf. ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

14. Abgeordneter
Dr. Dietrich Sperling
(SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten, weitere Zinssenkungsspielräume zu nutzen, das Niveau der langfristigen Zinsen in Deutschland niedrig zu halten und von möglichen steigenden Tendenzen in den Vereinigten Staaten abzukoppeln?

15. Abgeordneter
Ernst Schwanhold
(SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, für den im Sommer turnusmäßig geplanten Weltwirtschaftsgipfel eine internationale G7-Initiative für mehr Wachstum und Beschäftigung und für eine bessere Koordination der Zins- und Geldpolitiken der Notenbanken im Interesse von mehr Währungsstabilität vorzuschlagen?

16. Abgeordneter
Christian Müller (Zittau)
(SPD)

Welchen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung bei Wirtschafts- und Finanzpolitik in Deutschland im Hinblick auf die vertragsgemäße Interpretation der Kriterien des Maastricht-Vertrages zum Eintritt in die Europäische Währungsunion?

17. Abgeordnete
Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Beitrag der Haushalts- und Finanzpolitik eines beschäftigungswirksamen Wachstums unter Berücksichtigung ihrer Einschätzung der Konjunkturlage, der

Investitionsschwäche, des Konsolidierungsbedarfs und der jüngsten Steuerschätzung vom 15. Mai 1996 für das laufende Jahr, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der kritischen Stellungnahme des Frühjahrsgutachtens und des Sondergutachtens des Sachverständigenrates?

18. Abgeordnete **Susanne Kastner** (SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Nichtentscheidung des Bundesfinanzhofs über die Besteuerung der kommunalen Abfall- und Abwasserentsorgung, und welche Folgerungen ergeben sich daraus im Hinblick auf eine weitere Freistellung der kommunalen Entsorgungsbetriebe von der Umsatzsteuer?

19. Abgeordnete **Susanne Kastner** (SPD)

In welchem Ausmaß müßten nach Einschätzung der Bundesregierung die Kommunen die nach dem Kostendeckungsprinzip berechneten Abfall- und Abwassergebühren zusätzlich erhöhen, wenn die Abfall- und Abwasserentsorgung mit einer 15%igen Umsatzsteuer belegt würden, und was will die Bundesregierung tun, um die kommunalen Investitionen im Bereich der Abwasserentsorgung aus Umweltschutz- und Arbeitsplatzsicherungsgründen zu stabilisieren bzw. zu fördern?

20. Abgeordneter **Frank Hofmann (Volkach)** (SPD)

Können Unternehmen, die im Ausland tätig sind, Aufwendungen für Schmiergelder und Aufwendungen, die im Zusammenhang mit Schmiergeldern entstanden sind, nach derzeitigem Recht als nützliche Aufwendungen steuerlich geltend machen, und sieht die Bundesregierung hier Handlungsbedarf?

21. Abgeordneter **Frank Hofmann (Volkach)** (SPD)

Können nach der Vorlage der Bundesregierung zur Korruptionsbekämpfung, die vom Kabinett am 19. Juni 1996 beschlossen werden soll, derartige Aufwendungen steuerlich geltend gemacht werden?

22. Abgeordneter **Friedhelm Julius Beucher** (SPD)

Trifft es zu, daß die Botschaft der ehemaligen DDR in Athen auf einem Grundstück des griechischen Unternehmers S. K. bzw. der Firma I. S.A. errichtet worden ist, und wie stellen sich die heutigen Besitz- und Mietverhältnisse für das Grundstück und das darauf errichtete ehemalige Botschaftsgebäude dar?

23. Abgeordneter **Friedhelm Julius Beucher** (SPD)

Wie wird das Botschaftsgebäude der ehemaligen DDR in Athen heute durch die Bundesregierung genutzt, und welche Planungen gibt es für eine künftige Verwertung bzw. Nutzung des Gebäudes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

24. Abgeordnete **Sabine Kaspereit** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Wachstumsschwäche – wie sie auch vom Sachverständigenrat konstatiert wurde – auf die Massenarbeitslosigkeit, und hält es die Bundesregierung für möglich, daß – wie der Sachverständigenrat feststellt – für das gesamte Jahr 1996 in Westdeutschland mit einer Arbeitslosenquote von über 10% und in den neuen Bundesländern von 15,8% zu rechnen ist?

25. Abgeordnete **Sabine Kaspereit** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die sowohl vom Sachverständigenrat als auch von den Wirtschaftsforschungsinstituten festgestellte deutliche Abschwächung des Aufholprozesses in den neuen Bundesländern, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, die bestehende Förderung vor allem der industriellen Investitionen deutlich zu verbessern und über den bisher vorgesehenen Auslaufzeitpunkt hinaus zu verlängern?

26. Abgeordneter **Dr. Dietrich Sperling** (SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die zurückgehende Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen im Unternehmensbereich, bei denen nach Feststellungen des Sachverständigenrates nur mit einem Anstieg von real 0,5% im laufenden Jahr zu rechnen ist, und was unternimmt die Bundesregierung, um das von ihr im Jahreswirtschaftsbericht vorausgesagte Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von 2 bis 3% in diesem Jahr noch zu erreichen?

27. Abgeordneter **Ernst Schwanhold** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die konjunkturelle Lage und Perspektive in Deutschland für das laufende Jahr und darüber hinaus nach Vorlage des Sondergutachtens des Sachverständigenrates und seiner Einschätzung, wonach im Jahre 1996 das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland jahresdurchschnittlich nur um 0,5% expandieren und nicht, wie von der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht für 1996 angegeben, um 1,5% wachsen wird?

28. Abgeordnete **Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Festellungen der Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute zur Lage der Bauindustrie bestätigen, wonach in diesem Jahr der gesamtdeutsche Wohnungsbau um 3%, der gesamtdeutsche Wirtschaftsbau um 2% und die Bauinvestitionen im öffentlichen Bereich um 2 Prozent rückläufig sein werden, und welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um dem Rückgang der Baukonjunktur in den alten ebenso wie in den neuen Bundesländern entgegenzuwirken und zu verhindern, daß sich diese Entwicklung auch in 1997 fortsetzt?

29. Abgeordneter **Norbert Gansel** (SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung Staaten, die Mitglied der NATO werden wollen, beim Rüstungsexport bereits als „NATO-gleichgestellte Staaten" im Sinne ihrer Rüstungsexportrichtlinien behandelt, und welche Genehmigungen für Rüstungsexporte in solche Staaten hat es seit dem 1. Januar 1994 gegeben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

30. Abgeordneter **Albert Deß** (CDU/CSU)

Warum akzeptiert die Bundesregierung ohne erkennbaren Widerstand, daß die EU-Kommission mit Wirkung vom 24. April 1996 die Lizenzerteilung für die Ausfuhr von Käse ausgesetzt hat, obwohl nach meinen Informationen die Ausfuhrmengen, die bei den GATT-Verträgen festgelegt sind, nicht überschritten sind?

31. Abgeordneter **Albert Deß** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung in Brüssel unternommen, damit die zur Zeit höheren Weltmarktpreise bei Weizen auch an die deutschen bzw. europäischen Bauern weitergegeben werden?

32. Abgeordneter **Michael von Schmude** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung im Bereich der landwirtschaftlichen Forschung für die Zukunft einen Schwerpunkt im Bereich der Gentechnologie, um damit auch einen deutschen Beitrag zur Ernährungssicherung der stark wachsenden Weltbevölkerung zu leisten?

33. Abgeordneter **Michael von Schmude** (CDU/CSU)

Hat die gentechnologiefeindliche Haltung von einzelnen Landesregierungen und Kommunen Einfluß auf das neue Standortkonzept der landwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen des Bundes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

34. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, im Hinblick auf die erheblichen Lagerprobleme der Apotheken die gesetzlichen Vorschriften dahin gehend zu ändern, daß wirkstoffgleiche Medikamente, sog. Generika, von den Apothekern gegeneinander ausgetauscht werden dürfen?

35. Abgeordneter **Klaus Kirschner** (SPD)

Wie hoch ist nach Erkenntnissen der Bundesregierung der Zahlbetrag des durchschnittlichen Krankengeldes nach Beendigung der Lohn- und Gehaltsfortzahlung kalendertäglich, werktäglich, arbeitstäglich?

36. Abgeordneter **Klaus Kirschner** (SPD)

Wie lang ist die durchschnittliche Bezugsdauer des von den gesetzlichen Krankenkassen zu zahlenden Krankengeldes, und welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, daß die Ausgaben für das Krankengeld überproportional gestiegen sind?

37. Abgeordneter **Dr. R. Werner Schuster** (SPD)

Auf welcher rechtlichen Basis können nach Ansicht der Bundesregierung die 40000 Selbsthilfegruppen für die 2 Millionen chronisch kranke und behinderte Menschen nach der geplanten Streichung des § 20 Abs. 3a des SGB V Förderungsmaßnahmen beantragen?

38. Abgeordneter **Dr. R. Werner Schuster** (SPD)

An wen sollen sich diese Selbsthilfegruppen mit der Aussicht auf Erfolg konkret mit ihrem Anliegen wenden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

39. Abgeordneter **Christian Müller (Zittau)** (SPD)

Erkennt die Bundesregierung die Dringlichkeit an, die Umsetzung der transeuropäischen Netze im Sinne des Weißbuchs der EU-Kommission und im Hinblick auf eine europäische Beschäftigungspolitik zu beschleunigen, und in welcher Weise ist die Bundesregierung bereit, sich für eine beschleunigte Verwirklichung einzusetzen?

40. Abgeordnete **Brunhilde Irber** (SPD)

Hält die Bundesregierung eine Prüfung, die die Auswirkungen eines staustufengestützten Ausbaus der Donau zwischen Straubing und Vilshofen auf den Bereich unterhalb der Isarmündung, dem das Prädikat „von nationaler Bedeutung" zuerkannt wurde, nicht mit einbezieht, im Sinne der von der bayerischen Staatsregierung zugesagten vorurteilsfreien Prüfung für ausreichend, oder sieht sie noch weiteren Prüfungsbedarf?

41. Abgeordnete **Brunhilde Irber** (SPD)

Wurden für die Finanzierung des Films „Der sanfte Ausbau" der Rhein-Main-Donau AG, in dem flußbauliche Ausbaumethoden noch vor der Bekanntgabe der Ergebnisse einer von Bundesregierung und Staatsregierung zugesagten vorurteilsfreien Prüfung als nicht realisierbar diskreditiert werden, Mittel aus dem Bundeshaushalt aufgewendet, und wenn ja, in welcher Höhe?

42. Abgeordneter **Dr. Jürgen Rochlitz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Bundesbehörden waren mit der Genehmigung des Massentransports von einigen hundert Tonnen Vinylchlorid, die zum Chemieunfall in Schönebeck führten, befaßt, und welche Bundesbehörden waren über die Genehmigung hinaus für die Ausführung der notwendigen Sicherheitsmaßnahmen verantwortlich?

43. Abgeordneter **Dr. Jürgen Rochlitz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wurde von den Bundesbehörden sichergestellt, daß die verwendeten Tankwagen den Anforderungen für einen brennbaren und eindeutig karzinogenen Stoff wie Vinylchlorid entsprachen, und ist der Bundesregierung bekannt, welches Herstellungsdatum die verwendeten Tankwagen besaßen?

44. Abgeordnete **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum wurde für eine derartig riskante Fracht wie die des Vinylchlorids, welches für den Chemieunfall in Schönebeck verantwortlich ist, überhaupt eine Transportgenehmigung erteilt, und ist der Bundesregierung bekannt, welchen Ausrüstungsstand die verwendeten Tankwagen besaßen?

45. Abgeordnete **Steffi Lemke** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie wurde von den Bundesbehörden sichergestellt, daß längs der Transportroute eine Gefährdung der Bevölkerung auch bei einem Unfall auszuschließen ist, und wie wurde ferner sichergestellt, daß der gesamte Schienenweg der Transportroute den Sicherheitsanforderungen eines Giftgastransportes entspricht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

46. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

In welchem Umfang wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten Jahren von den Herstellern ozonschädliche Stoffe und Zubereitungen nach § 8 Abs. 2 der FCKW-Halon-Verbots-Verordnung zurückgenommen, und wie erklärt sich die Bundesregierung die Differenz zwischen bekannter Einsatzmenge, Ausnahmegenehmigungen und tatsächlich zurückgegebener Menge?

47. Abgeordneter **Horst Kubatschka** (SPD)

Erwägt die Bundesregierung, bei einer möglichen zukünftigen Novellierung der FCKW-Halon-Verbots-Verordnung eine Pfandpflicht für ozonschädliche Produkte einzuführen, wie dies vom Rat von Sachverständigen für Umweltfragen schon 1990 vorgeschlagen worden ist, oder sollte die Rückgabemenge besser durch die Einführung einer Rückgabepflicht gesteigert werden?

48. Abgeordnete **Gila Altmann (Aurich)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung bereit, eine selbstverpflichtende Erklärung abzugeben, daß in das Zwischenlager Nord nur radioaktive Abfälle aus den stillgelegten Atomkraftwerken in Lubmin und Rheinsberg eingelagert werden, und wenn nein, warum nicht?

49. Abgeordnete **Gila Altmann (Aurich)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum wird am Zwischenlager Nord keine heiße Zelle errichtet, und wo werden die später eingelagerten Brennelemente dann neu verpackt, falls es zu größeren Undichtigkeiten der Lagerbehälter kommt?

50. Abgeordnete **Ursula Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie weit ist der Stand der Privatisierung der Energiewerke Nord GmbH bzw. der Zwischenlager Nord GmbH, und welche Auswirkungen könnte eine erfolgreiche Privatisierung auf die Einlagerung von Atommüll auch aus anderen Atomkraftwerken als Lubmin oder Rheinsberg in das Zwischenlager Nord haben?

51. Abgeordnete **Ursula Schönberger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liegen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit neuere Untersuchungen über geologische Störungen unterhalb des Ortes Lubmin vor?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

52. Abgeordneter **Dr. Peter Struck** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß im Bundeskanzleramt eine Koordinierungsgruppe eingerichtet worden ist, die sich mit der Rückführung von Vermögenswerten der ehemaligen DDR aus dem Ausland beschäftigt, und hat die Tätigkeit dieser Koordinierungsgruppe bereits zu Ergebnissen geführt?

53. Abgeordneter **Dr. Peter Struck** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die im Bundeskanzleramt eingerichtete Koordinierungsgruppe auch prüft, inwieweit die ehemalige DDR an den in Athen ansässigen Firmen Integra und Intracom S.A. (s. Berliner Zeitung vom 4. Juni 1996) beteiligt gewesen ist, und welche Maßnahmen wurden bisher zur Sicherstellung der entsprechenden Vermögenswerte eingeleitet?

54. Abgeordnete **Dr. Christine Lucyga** (SPD)

Wurden im Bundeskanzleramt oder in nachgeordneten Behörden der Bundesregierung zu irgendeinem Zeitpunkt nach dem 3. Oktober 1990 mit griechischen Regierungs- oder Behördenvertretern Gespräche über die Besitzverhältnisse der in Athen ansässigen Firmen Integra und

Intracom S.A. (s. Berliner Zeitung vom 4. Juni 1996) geführt, und haben sich aus diesen Gesprächen Erkenntnisse ergeben, daß es sich hierbei um Firmen handeln könnte, die im Auftrag oder mit Kapital der ehemaligen DDR gegründet worden sind?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

55. Abgeordneter **Dr. Egon Jüttner** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit der Schüleraustausch zwischen Deutschland und den USA nicht durch Vermittler- und Betreuungsorganisationen belastet wird, die ihren Aufgaben, der Völkerverständigung zu dienen, nicht gerecht werden?

56. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (F.D.P.)

Teilt die Bundesregierung inhaltlich die Ansichten von Bundesminister Dr. Theodor Waigel, die er in seiner Rede beim Treffen der Sudetendeutschen in Nürnberg geäußert hat?

57. Abgeordneter **Jürgen Koppelin** (F.D.P.)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Rede von Bundesminister Dr. Theodor Waigel die deutsch-tschechischen Beziehungen belastet hat?

58. Abgeordnete **Dr. Elke Leonhard** (SPD)

Welchen aktuellen Kenntnisstand besitzt die Bundesregierung in bezug auf das Schicksal der in Kaschmir festgehaltenen Geiseln, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung in der Frage der in Kaschmir festgehaltenen Geiseln?

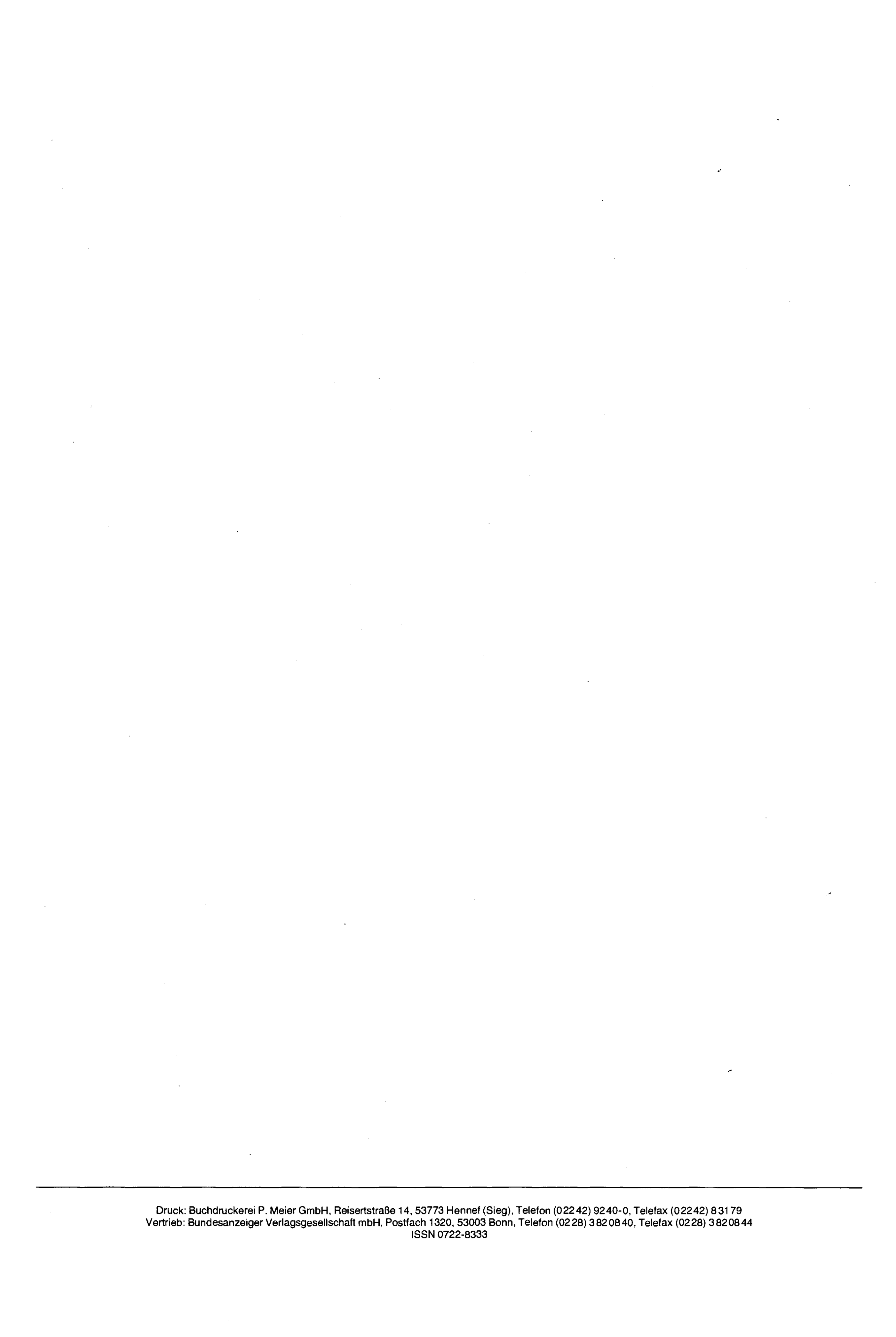
59. Abgeordnete **Dr. Irmgard Schwaetzer** (F.D.P.)

Was hat die Bundesregierung getan, um die Forderung des Deutschen Bundestages nach durchgreifender Verbesserung der Menschenrechtssituation angesichts anhaltender Massaker und sogar Morden an freigewählten Abgeordneten in Burundi umzusetzen?

60. Abgeordnete **Dr. Irmgard Schwaetzer** (F.D.P.)

Warum hat die Bundesregierung zugelassen, daß statt der ursprünglich zugesagten und von der EU zu finanzierenden 36 Menschenrechtsbeobachter für die Mission des Hochkommissars der Vereinten Nationen für die Menschenrechte in Burundi lediglich fünf entsandt worden sind, und hält die Bundesregierung dies für ausreichend?

Bonn, den 7. Juni 1996



Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 53773 Hennef (Sieg), Telefon (022 42) 9240-0, Telefax (022 42) 8 31 79
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333